

## **Monatsbericht März 2001**

- 1 - Aktualisierung: Die Situation der Minderheiten**
- 2 - Aktualisierung: Das Gesundheitswesen**
- 3 - Sonstiges**

### **1 - Die Situation der Minderheiten**

Das alte Klischee, daß man eine demokratische Gesellschaft nicht danach beurteilt, wie sie ihre Mehrheit behandelt, sondern wie sie mit ihren Minderheiten umgeht, trifft auf den Kosovo sicher zu. Bisher ist die Leistung dieser Region eher als ungenügend zu bewerten.

Nachdem sich die Situation seit Herbst letzten Jahres graduell verschlechtert hat, mit einer Kulmination im Februar 2001 (Mitrovica, die Sprengung einer orthodoxen Kirche, und vor allem, der Bombenanschlag auf einen serbischen Bus (siehe Bericht Februar)), schienen die letzten Wochen wieder relativ ruhig zu sein.

Doch wie schon oft in diesen Berichten betont: Gewalt in dieser Region tritt immer in Wellen auf und diese Regel bestätigte erneut:

Am 18. April detonierte im Stadtzentrum von Pristina um 3 Uhr nachmittags eine Bombe, die einen Menschen<sup>1</sup> das Leben kostete und vier weitere schwer verletzte. Laut Aussage der UNMIK Polizei<sup>2</sup> war diese Bombe stark genug um im Umkreis von 100 m alles zu zerstören. Glücklicherweise explodierte nur ein Teil des Sprengstoffs. Bei den Opfern handelt es sich um Serben, die für das jugoslawische Paßbüro arbeiteten.

Die Bombe war durch einen 20 m langen Draht mit dem Auslöser verbunden. Die Person, die diesen bediente, konnte ihre Opfer nicht sehen, mußte also von einer weiteren Person verständigt werden. Dies läßt darauf schließen, daß dieser Akt von mehreren Personen minutiös geplant wurde.

Auch UNHCR und OSZE gehen in ihrem letzten Bericht über die Minderheitensituation<sup>3</sup> davon aus, daß die Organisation und Planung dieser Gewaltaktionen die offizielle Erklärung in Frage stellen, daß es sich dabei um vereinzelt Racheakte handelt (z.B. der Scharfschützenangriff auf einen von KFOR begleiteten Konvoi von Serben, die nach Strpce/Shterpce reisten).

---

<sup>1</sup> Es handelt sich bei dem Verstorbenen um den Direktor der jugoslawischen Paßstelle

<sup>2</sup> Persönliches Gespräch mit zuständigem Beamten am 19. April

<sup>3</sup> UNHCR & OSCE, *Assessment of the Situation of Ethnic Minorities in Kosovo*, period covering October 2000 through February 2001. Viele meiner Informationen stammen auch diesem Bericht, da ich nicht die Möglichkeit habe, in dieser Form zu recherchieren.

Diese letzte Gewalttat demonstriert um so deutlicher, daß es sich um eine regelrechte Kampagne nicht identifizierter Personen handelt, die eben jeglichen Friedensprozeß zunichte machen, Minderheiten terrorisieren und die Region destabilisieren wollen.

Die Zahl der Festnahmen und Verurteilungen der Täter bleibt weiterhin sehr gering. Obwohl es Stimmen gibt, die diese Taten verurteilen, so ist auch ihre Zahl sehr beschränkt und konkrete Aktionen zur Verbesserung der Lebenssituation der Minderheiten oder zu einer Rückkehr der im Ausland Lebenden sind fast nicht existent.

Die Ereignisse in Südserbien und Mazedonien waren sicher nicht dazu geeignet, die Situation hier zu verbessern.

Ein anderer Grund für die wachsende Gewaltbereitschaft ist sicher auch die desolate wirtschaftliche Lage und das damit verbundene Gefühl der Perspektivlosigkeit im Kosovo.

Gewalttaten richten sich momentan gegen jede Minderheit, auch gegen Albaner in überwiegend serbisch besiedelten Gebieten.

Es sind selbst Regionen betroffen, die bis dato als eher ruhig galten, wie z.B. Prizren.

Es herrscht fast eine Art Belagerungsatmosphäre, die durch Angriffe auf Transportwege, Minenlegung, Scharfschützenangriffe und Bombenexplosionen geschaffen wird<sup>4</sup>. Auch nicht tödliche Attacken wie Steinewerfen, und die glücklicherweise nicht erfolgreiche Sabotage einer Eisenbahnstrecke tragen zu dieser Situation bei.

Viele dieser Ereignissen fanden in nächster Nähe zu KFOR Stützpunkten statt, was beweist, daß erstens die KFOR nicht in der Lage ist, sie zu verhindern und zweitens, daß die Täter dies wissen und die internationale Gemeinschaft zu verhöhnen scheinen.

Am meisten gefährdet sind Serben und Roma<sup>5</sup>. Sie verlassen zu Hunderten den Kosovo und ihre Gründe sind mannigfaltig:

Erstens die oben beschriebene katastrophale Sicherheitslage, aber auch dadurch bedingte weitere Faktoren spielen eine Rolle, wie die nicht existierende Bewegungsfreiheit und eingeschränkter Zugang zu Arbeitsplätzen, Krankenhäusern und für die Roma selbst zu Bildungsstätten.

Ein serbischer Mitarbeiter der OSZE Pristina, sowie Ramadan Berat, ein Demokratisierungsbeauftragter der OSZE Prizren, bestätigten<sup>6</sup>, daß Serben und Roma sich bei weitem mehr gefährdet fühlen als noch vor einem Jahr. Nach der Ermordung von 4 aus dem Ausland zurückgekehrten Ashkali Anfang des Jahres, haben viele Roma ihre Kinder aus der Schule genommen. Serben reisen viel weniger als vorher im Land umher, selbst mit KFOR Begleitung. Besagter serbischer OSZE Mitarbeiter, der aus einer Enklave neben Pristina stammt, muß immer noch von internationalen OSZE Mitarbeitern von dort abgeholt und wieder hingebacht werden. Er traute sich bei unserem Gespräch nicht einmal in das Cafe direkt neben der OSZE.

Er erzählte, daß man vorgeschlagen hatte, KFOR Soldaten sollten sich zum Schutz in die begleiteten Busse setzen, was aber abgelehnt wurde.

---

<sup>4</sup> siehe: UNHCR und OSCE

<sup>5</sup> der Einfachheit halber benutze ich nur den Begriff „Roma“ zur Bezeichnung der Roma, Ashkali und Ägypter

<sup>6</sup> persönliche Gespräche am 26. März und am 3. April

Obwohl die Serben im Kosovo jetzt registriert werden und an den Wahlen Ende des Jahres teilnehmen sollen, bestätigt der OSZE Mitarbeiter, daß die Serben keinerlei Vertrauen haben jemals ein gerechtes Parlament in der Region zu erhalten. Er beklagt, daß die KFOR nicht genug engagiert ist und glaubt nicht daran, daß die internationale Gemeinschaft es schaffen wird, eine Zivilgesellschaft zu gründen.

Diese sehr pessimistischen Ansichten eines jungen Mannes scheinen verständlich, sieht man sich die Situation nach 2 Jahren UNMIK Verwaltung an. Es ist vor allem die Inkonsequenz dieser Verwaltung, die die serbische Minderheit ebenso wie die Albaner zweifeln läßt.

Während die albanische Bevölkerung das Gefühl hat, daß sich alle internationalen Augen nur noch nach Belgrad richten, sind die Serben entrüstet über neueste Bestimmungen, die Zölle für Güter zwischen Serbien und Kosovo anordnen. Da aber der Kosovo offiziell zu Serbien gehört, verstößt dieses Gesetz gegen die Resolution 1244. Die Serben, die ohnehin unter größter Armut leiden, reagieren darauf, vor allem in Mitrovica, mit Straßenbarrieren und Demonstrationen.

Die Unzufriedenheit mit der internationalen Verwaltung führt in einzelnen Fällen zu kleineren Angriffen auf KFOR und die UNMIK Polizei, aber der Großteil der Aggressionen richtet sich gegen andere ethnische Gruppen.

Der **Zugang zu Gesundheitsstationen** bedeutet immer noch ein großes Problem für Minderheiten, vor allem im sekundären Bereich, d.h. Distriktkrankenhäuser und tertiären Bereich, d.h. Uniklinik Pristina. Der primäre Bereich, Hausärzte und sogenannte Ambulancias, ist einigermaßen abgedeckt. Für isolierte Bergdörfer allerdings müssen immer noch mobile Krankenstationen bereitgestellt werden, für die es eigentlich keine finanzielle Mittel mehr gibt. Bisher sind diese Dienste vor allem von NGOs geleistet worden, doch mit dem Abzug der meisten humanitären Organisationen, wird dieses Programm nicht durchzuhalten sein.

Am schlimmsten betroffen sind die Kosovoserben. Es ist mehrmals vorgekommen, daß Serben in Krankenhäusern bedroht wurden, einer ist sogar gestorben, weil er angeblich nicht die notwendige Behandlung vom albanischen Krankenhauspersonal bekommen hat<sup>7</sup>.

Aber auch Roma werden bedroht und in einigen Regionen, wo es getrennte Ambulancias für Albaner und Serben gibt, stehen die Roma zwischen diesen beiden Optionen. Gehen sie zur albanischen, besteht das Risiko der Bedrohung oder Nichtbehandlung, gehen sie zu den Serben, kann es geschehen, daß die Albaner sie der Kollaboration beschuldigen und sie deshalb verfolgen.

Zusätzlich sind die Roma größtenteils weniger mobil und es gibt auch keine eskortierten Transporte für sie.

Im Fall einer komplizierten Schwangerschaft zum Beispiel stehen beide Minderheiten vor einem großen Problem. Dadurch ist die Zahl der Hausgeburten sehr angestiegen - und damit die Gefahr der Kinder - und Müttersterblichkeit.

Die Medikamentenversorgung ist von den Händen von Pharmaciens sans Frontieres in die der lokalen Organisation Kosovo Pharmaceutical Co-operative übergegangen. Seit dieser Zeit beschweren Minderheiten sich über mangelnde Versorgung.

---

<sup>7</sup> UNHCR und OSCE Bericht, S. 15

In Mitrovica, wo das Krankenhaus im Norden liegt und von Serben geführt wird, leiden die Albaner unter Aussperrung und Diskriminierung.

Auch wenn unter KFOR Eskorte die Einweisung eines Mitglieds einer Minderheit in ein Krankenhaus möglich ist, so kann dies kein Dauerzustand sein.

Ein weiteres Problem ist die **Eigentumsfrage**. Seit einiger Zeit hat sich das Phänomen der „strategischen Verkäufe“<sup>8</sup> eingeschlichen.

Dabei handelt es sich eine Praxis, wo die meist serbischen Eigentümer von Häusern an strategisch wichtigen Orten dazu „angehalten“ werden, ihre Häuser zu verkaufen. Dieses Schema ist allem Anschein nach organisiert. Dieses „Anhalten“ besteht entweder aus angebotenen Summen, die weit über dem Marktpreis liegen oder aber aus Bedrohung und direkter Gewaltanwendung. Die hohen Summen, die geboten werden, scheinen Teil einer Strategie zu sein, durch Aufkauf von Häusern vor allem an großen Straßen die jeweilige Minderheitengruppe zu schwächen.

Vor allem in der Pristina Region scheint dieses Phänomen immer nach dem gleichen Schema abzulaufen:

Junge, höfliche Albaner bieten einer serbischen Familie einen Preis für ihr Haus. Wird dieses Angebot abgelehnt, wird das Haus meist augenblicklich mit Steinen beworfen. Daraufhin erscheint der junge Mann ein zweites Mal mit einem geringeren Angebot. Wird auch dies abgelehnt, erfolgen zusätzlich zu den Steinen Drohanrufe oder direkte körperliche Angriffe.

Sind die Häuser an den Hauptstraßen erst einmal verkauft, werden auch die übrigen meist schnell und zu niedrigen Preisen verkauft. Dies ist jetzt schon der Fall in Fushe Kosova/Kosovo Polje, direkt neben Pristina.

Da die meisten Serben ohnehin zu verängstigt sind und keine Perspektive hier sehen, und sich von der internationalen Gemeinschaft verlassen fühlen, verkaufen immer mehr ihre Häuser zu niedrigsten Preisen.

Auch Roma sind davon betroffen. Zusätzlich sind viele ihrer Häuser von intern vertriebenen Albanern besetzt.

Wie allseits bekannt, ist die Geschichte für die Balkanvölker genauso präsent wie die Gegenwart. So geht das Eigentumsproblem mittlerweile soweit, daß einige Albaner davon ausgehen, daß ihnen diese Erde ja geschichtsbedingt gehört und sie deshalb den Serben auch nichts abkaufen müssen.

Ein mir bekannter Albaner, dessen Namen ich nicht nennen möchte, versucht gerade ein Grundstück, daß seiner Familie angeblich vor hundert Jahren einmal gehörte, und auf dem jetzt Serben wohnen, zurück zu bekommen. Diese Familie ist von ihrem Recht so überzeugt, daß sie überlegt die serbische Familie zu vertreiben, da UNMIK sie nicht verteidigt.

Die Eigentumsfrage hier ist ohnehin kompliziert genug. UNMIK nimmt nur Rechtsansprüche nach 1989 an.

Sollte dieses Phänomen sich ausbreiten, stehen den Minderheiten noch schlechtere Zeiten bevor.

Auch im **Wiederaufbau** sind Minderheiten bisher zu kurz gekommen. Laut Christina Davies von der OSZE<sup>9</sup> sind von 27.000 wiederaufgebauten Häusern 300 für Minderheiten gebaut worden.

---

<sup>8</sup> UNHCR und OSCE Bericht und Aussagen mehrerer von mir befragter Serben

<sup>9</sup> persönliches Gespräch am 26. März

Dies liegt natürlich auch an einem logistischen Problem. Da die Menschen ihre Häuser unter Anleitung selbst bauen, müssen sie auch bei der Auswahl der Begünstigten im Kosovo sein, was bei vielen Minderheiten nicht der Fall ist.

Ein weiterer Grund, der bereits in einem früheren Bericht angesprochen wurde, ist die Angst, ein Wiederaufbauangebot anzunehmen. Dies war vor allem der Fall in Obilic, wo die EU 47 der in einem Lager lebenden Roma in die Begünstigtenliste aufgenommen hatte, die aber aus Furcht ablehnten, in das Programm aufgenommen zu werden.

Die Entscheidung über Begünstigte liegt meist in der Hand der lokalen Bürgermeister oder Dorfältesten. So sollten in den letzten 2 Jahren 5-10% der Mittel für Minderheiten bereitgestellt werden, wovon jedoch nur 2% wirklich genutzt wurden.

Für 2001 sollten dann 15%, auch als Kompensation, für Minderheiten ausgegeben werden. Jedoch wurde das generelle Budget insgesamt drastisch reduziert.

Dazu kommt, daß Minderheiten sehr viel langsamer arbeiten, da sie durch ihre eingeschränkte Bewegungsfreiheit Material nicht so einfach beschaffen können. Werden sie dadurch nicht vor dem Winter mit dem Hausbau fertig, sind sie oft wieder der Vertreibung ausgesetzt.

Das Thema der **Unterkunft** für Minderheiten stellt generell ein Problem dar. Ein Beispiel ist eine Romadame von über 70 Jahren, deren Duldung in Deutschland bald abläuft. Diese Dame hatte vor Jahren ausgesagt, Albanerin zu sein, um Asyl zu bekommen. Sie hat eine Tochter in Peja/Pec, die einen Albaner geheiratet hat, dessen Familie der Tochter jeglichen Kontakt zu ihrer Mutter untersagt.

Es gibt nur ein Altersheim im Kosovo, in Pristina, daß nur noch 2 freie Zimmer hat. Die alte Dame in ein Lager zu schicken, wäre ihr Tod, da die Verhältnisse schon für gesunde Menschen kaum tragbar sind und die Dame gesundheitlich sehr angeschlagen ist.

Der UNHCR versucht nun, in diesem Fall eine Bescheinigung der Verwaltung in Peja/Pec zu bekommen, die bestätigt, daß diese Frau einer Minderheit angehört.

Ein ebenso wichtiger Punkt für das Weggehen vieler Angehöriger von Minderheiten ist der fast nicht existierende **Zugang zur Universität**. Die einzige Universität der Provinz befindet sich in Pristina. Zur Zeit studiert doch ein einziger Roma, der laut Aussagen von Ramadan Berat nur deshalb Zugang hat, weil er sehr hellhäutig ist und niemand weiß, daß er Roma ist.

Kosovoserben sind gezwungen, nach Serbien zu gehen um zu studieren.

Roma haben nur Zugang zur Grundschule. Nur in einem positiven Fall hat Ramadan Berat es geschafft, nach monatelangem Suchen einen albanischen Lehrer zu finden, der die Kinder weiter unterrichtet.

Die Empfehlung von UNHCR und OSZE lautet folgendermaßen:

„Die aktive Förderung von Rückkehr unter den gegebenen Umständen bedeutet das Erwecken falscher Hoffnungen und eines falschen Sicherheitsgefühles in Angehörigen von Minderheiten, die weiterhin beträchtlichen Gefahren ausgesetzt sind.“<sup>10</sup>

---

<sup>10</sup> UNHCR und OSCE Bericht, S.8, Übersetzung Christina Kaiser

## 2 - Das Gesundheitswesen

Dieser Bericht wird sich nicht mit der Situation der körperlich und geistig behinderten Menschen befassen; dieses Thema wird im nächsten Monatsbericht gesondert behandelt werden.

Besuche der Universitätsklinik in Pristina und des Krankenhauses in Prizren ergaben, daß sich seit dem letzten Bericht über das Gesundheitswesen im Kosovo nicht viel geändert hat.

Die Klinik in Pristina ist eines der größten Krankenhäuser Europas und wäre selbst in reichen Ländern nur mit enormen finanziellen Mitteln zu unterhalten. Die Tatsache, daß sie zusätzlich zum Fehlen dieser Mittel in den letzten 10 Jahren sehr vernachlässigt worden und ineffizient angelegt ist, erschwert die Instandhaltung noch mehr.

Die Uniklinik ist dezentral angelegt, mit Notaufnahmen und Operationssälen in jedem einzelnen Gebäude und fehlenden Parkplätzen.

Laut Dr. Hannu Vuori<sup>11</sup>, dem Co-Direktor der UNMIK Abteilung für Gesundheit und Sozialwesen, haben sich jedoch die Operationssäle und einige der Apparate verbessert. Dennoch wird nicht in Apparate für Chemotherapie oder CT investiert, da diese viel zu teuer sind, und das immanente Ziel eher quantitative als qualitative Heilung ist, d.h. daß Krebs und Herzkrankheiten seltener sind als z.B. Lungenentzündung und daher mehr in die Heilung der häufigeren Krankheiten investiert wird.

Die Liste der nicht zu behandelnden Krankheiten hat sich also seit dem letzten Bericht nicht geändert.

Nicht möglich sind:

- Transplantationsfolgebehandlungen
- Behandlung alle Arten und Stadien von Krebs
- Herzchirurgie
- Neurochirurgie
- Nachbehandlung künstlicher Gelenke
- Dialyse kann im Prinzip behandelt werden, aber gibt es im Moment 83 solcher Patienten, die in 3 Schichten an 6 Tagen behandelt werden. Die technische Ausrüstung ist katastrophal und es besteht keine Kapazität für weitere Patienten!
- Augenchirurgie
- Medikamente fehlen für:
  - Fehlen des Wachstumshormons
  - Hämophilie
  - HIV/ AIDS

Das einzige, was im Kosovo für Krebspatienten getan werden kann, ist ihnen das Sterben in einem dafür eröffneten Hospiz weniger schmerzvoll zu gestalten.

Eine französische Organisation hatte letztes Jahr versprochen, eine Krebsstation in Pristina aufzubauen, es wurde jedoch nie wieder etwas von diesem Projekt gehört.

Dies ist ein großes Problem für das Gesundheitswesen: Viele Versprechungen, die dann nicht eingehalten werden.

---

<sup>11</sup> persönliches Gespräch am 17. April

Auch sogenannte Dritte-Generation-Antibiotika sind hier noch nicht erhältlich, auch aus preislichen Gründen.

Infiziert sich jemand im Krankenhaus, müssen Verwandte oder Freunde sich darum bemühen, die nötigen Medikamente aus dem Ausland zu besorgen.

Dr. Vuori weist noch einmal ganz dringend darauf hin, daß Kinder mit angeborenen Anomalien im Westen behandelt, bzw. geheilt werden müssen. Es ist unmöglich, diese Kinder hier zu behandeln!

Dr. Matthias Reinecke<sup>12</sup> von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bemängelt das schlechte Umfeld für Heilungsprozesse, vor allem die mangelnde Hygiene.

Viele Neugeborene haben Hirnhautentzündung und andere Infektionskrankheiten.

Kaiserschnitte werden auf solch altmodische Weise durchgeführt, daß selbst sehr junge Mütter zwei davon kaum durchhalten können. Eine Bekannte, deren Kind so auf die Welt kam, sagte aus, daß das Kind schon 2 Minuten nach der Geburt eine Infektion hatte und sie das Krankenhaus trotz ihrer eigenen schweren Wunde fluchtartig verlassen habe.

Die Infektionsvorbeugung funktioniert nicht, da die Krankenschwestern keine dementsprechende Ausbildung haben. Wie schon einmal beschrieben, werden sie während der Mittelschule zu Schwestern ausgebildet, ohne jegliche klinische Praxis.

Auch die Tatsache, daß es hier vorher nur Fachärzte und kaum Allgemeinmediziner praktizierten, stellt ein Problem dar.

Nach Dr. Reineckes Meinung aber ist das größte Hindernis für einen besseren Krankenhausbetrieb die mangelhafte Organisation. Elementare Dinge fehlen im Krankenhaus meist nicht, weil sie nicht in den Kosovo hineinkommen, sondern wegen Struktur- und Logistikproblemen.

Zusätzlich sind die Arbeitsbedingungen für das Personal sowie auch für die Patienten immer noch denkbar schlecht. Die Zimmer sind in einem erbärmlichen Zustand, von den Badezimmern gar nicht sprechen. Der Strom fällt ständig aus, Wasserrohre brechen.

Durch das geringe Gehalt wandern viele Ärzte in Privatkliniken ab oder öffnen eigene Praxen.

Das Essen hat immer noch kaum Nährwert; in Pristina müssen die meisten Medikamente von den Patienten selbst in der Apotheke gekauft werden, sogar Nahtmaterial.

In Prizren verwalten die Johanniter unter der Leitung von Herrn Graziani das Krankenhaus. Herr Graziani erzählt, daß es für die notwendigsten Anschaffungen an Geld mangelt. Das liegt daran, daß die Anträge von den Gebern zwar wohl nicht direkt abgelehnt, aber doch oft für lange Zeit ignoriert werden.

Die Infrastruktur im Krankenhaus Prizren scheint noch erbärmlicher zu sein als die an der Uniklinik Pristina, obwohl dies kaum vorstellbar ist. Das Dach müßte vollkommen erneuert werden, die Heizung ist marode, die Sanitäreanlagen katastrophal.

---

<sup>12</sup> persönliches Gespräch am 10. April

Die Patientenzimmer haben nicht einmal Waschbecken, in einem Zimmer stehen zwischen 8 und 10 Betten.

In den Badezimmern sind Duschen geplant, Badewannen nicht, was für kranke Menschen eine Katastrophe bedeuten kann.

Die ohnehin kaum in den Griff zu bekommenden Hygieneprobleme verstärken sich natürlich durch die vielen Patienten, die in einem Raum liegen und die, traditionsgemäß, permanenten Besuch ihrer großen Familien bekommen, die Nahrungsmittel und andere Dinge mitbringen, die wiederum das Abfallproblem vergrößern.

Seifenspender und Papierhandtücher gibt es nicht einmal in den Arzt- und Schwesternzimmern.

Auch Herr Graziani schreibt den Mangel an Medikamenten und Sanitärmaterial der unzuverlässigen Organisation zu. Im Zuge der Not- und Katastrophenhilfe gab es immer wieder Notkäufe von NGOs, doch diese bleiben mittlerweile aus.

Die Wasserversorgung im Krankenhaus Prizren könnte funktionieren, würde die Leitung nicht illegal angezapft und so der Druck sehr verringert.

Einen Generator gibt es mittlerweile, doch der Heizkessel ist zwar repariert, aber so alt, daß man nicht weiß, wie lange er noch halten wird. Die völlig veraltete Kanalisation bricht immer wieder auf. Die Waschmaschinen sind uralt und ihre Kapazität ist nicht ausreichend.

Wie in den meisten ehemaligen kommunistischen Ländern, sind auch hier noch viele Überreste aus dieser Zeit in der Arbeitsweise der Einheimischen zu beobachten. Bevorzugung bei der Wahl der Angestellten ist noch immer keine Frage der Kompetenz, sondern funktioniert nach dem wer-kennt-wen-Prinzip. Die Bereitschaft zur Verantwortung ist noch lange keine Selbstverständlichkeit. Kollektivzwang bringt manche kompetente Handlung zum Erlahmen. Eigeninitiative zeigen nur wenige.

Die Krankenhäuser im Kosovo werden ganz offensichtlich immer ärmer. Die große Spendenzeit ist vorbei, und die Behandlungskosten sind so gering, daß ein so komplexer und teurer Apparat davon nicht unterhalten werden kann.

Preise:

Uniklinik Pristina

- ohne Überweisung: 30 DM
- mit Überweisung: kostenlos
- Begleitpersonen (über Nacht: 5 DM)
- Übernachtung (egal, wie viele Nächte, einmalige Beteiligung: 10 DM)
- Bescheinigungen: 20 DM
- Röntgen: 10 DM

Prizren

Erstbehandlung: 5 DM

die Zweite: 3 DM

Röntgenaufnahme: 5 DM

Krankenversicherungen gibt es keine.

Die Privatkliniken sind natürlich viel teurer, dort nimmt ein Arzt für eine Visite zwischen 20 und 30 DM. Dies können sich aber nur die Reichen leisten.

Noch immer fehlen Anästhesisten, Psychiater, Radiologen und Dermatologen. Dies wird sich auch so schnell nicht ändern, denn die Arztausbildung dauert Jahre.

Es gibt eine einzige private Computertomographie (Behandlung: 52 DM) im ganzen Kosovo!

Herr Graziani weist noch einmal deutlich darauf hin, daß **das Feldlazarett der deutschen KFOR kein Behandlungszentrum für Privatpersonen ist.**

Blerim Qosaj ist albanischer Orthopäde an der Uniklinik Pristina. Es hat als Pfleger mehrere Jahre in einem deutschen Krankenhaus gearbeitet und daher gute Vergleichsmöglichkeiten.

Folgende orthopädische Probleme können nach seiner Aussage im Kosovo nicht behandelt werden:

- Extra-focal Schiene am Oberschenkel: kann hier nur entfernt, nicht erneuert werden. Es müßten Knochen eingesetzt werden, eine Knochenbank gibt es hier nicht.
- Bei allen großen Knochendefekten ist eine Operation hier nicht möglich.
- Karzinome, Sarkomas - es gibt keine Radiotherapie
- Wirbelsäuleerkrankungen
- Morbus Perthes (keine Weiterbehandlung möglich)
- Morbus-Legg-Calve-Perthes (Oberschenkelhalsenerkrankungen)
- Neurogene Erkrankungen (Paralysis Spastika/Little - keine Physiotherapie vorhanden)

Metallentfernungen sind nur im Spinalbereich möglich. Metallschienen müssen hier aufgrund mangelnder Versorgung mehrmals benutzt werden.

Das Krankenhaus in Prizren kann nur einfache Frakturen operieren.

Das Nachschubproblem in der Orthopädie ist sehr groß. Während der Krise in Mazedonien gab es 3 Wochen keine Sauerstoffversorgung. Es konnten nur Notfälle behandelt werden. Auch jetzt sieht es nicht viel besser aus, denn es gibt nur 18 Orthopäden im ganzen Kosovo.

Es fehlen ständig:

- Prothesen (und die es gibt, sind von minderer Qualität)
- Platten für Oberschenkel und Gelenke
- Knochenzement (muß jedesmal aus Deutschland angefordert werden, Wartezeit mind. 1 Monat)

Auch Dr. Qosaj beklagt die mangelnde Hygiene. Die Putzfrauen arbeiten weiterhin mit Säuremitteln, die schon für gesunde Menschen schädlich sind.

Wie Herr Graziani glaubt Dr. Qosja, daß - werden die Behandlungskosten nicht erhöht - das Gesundheitssystem bald zusammenbrechen wird.

Es muß auch an der Mentalität der Menschen gearbeitet werden, die es vom Sozialismus her gewöhnt sind, daß das Gesundheitssystem nichts kostet.

Der Großteil der Bevölkerung hat ohnehin alle Behandlungskosten frei:

- Pensionäre
- TMK und Familien
- Kinder unter 14 Jahren
- Sozialfälle
- Invaliden

Und Reiche zahlen nicht, weil sie zuviel Einfluß haben oder sich in Privatkliniken behandeln lassen.

Elementarste Dinge wie die Ausstattung der Labore können nicht finanziert werden. Die Labore im Kosovo können vielleicht 10 Tests durchführen, während im Westen über 100 Tests möglich sind.

Einfachste Dinge werden zum großen Hindernis. So gibt es zwar in einigen Laboren jetzt neue Apparate, aber keine Reagenzgläser, die einfach zu teuer sind.

Weit davon entfernt, menschenwürdige Behandlungen durchführen zu können, sieht es vielmehr so aus, als ob die Situation des öffentlichen Gesundheitssystems im Kosovo sich weiter verschlechtert.

Ändert sich diese Tendenz nicht bald, so werden Privatkliniken und Praxen das System übernehmen und somit weitestgehend nur noch für reiche Patienten verfügbar sein.

### **3 - Sonstiges**

#### **a.) Kollektivzentren**

UNMIK ist gerade dabei, die Kollektivzentren (TCS) zu schließen<sup>13</sup>. Die für diesen Zweck übrigen finanziellen Mittel sollen den lokalen Verwaltungen zur Öffnung von Sozialwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Zunächst sollen keine neuen Gebäude dafür entstehen, sondern bestehende leere genutzt werden.

Es sind Wohnungen für 400 Familien geplant, die eine kleine Miete zahlen werden müssen. Im Moment befinden sich noch 780 Familien in TCS, von denen 250 mit dem Wiederaufbau ihres Hauses beschäftigt sind.

Es leben derzeit auch noch Familien in Zelten, deren Zahl mir allerdings niemand nennen konnte.

Der von Gordon Kindlon angesprochene Zweifel an der Objektivität in der Verteilung der Sozialunterkünfte der lokalen Behörden gibt allerdings zu denken. Die Erfahrung hat gezeigt, daß selbst albanische Rückkehrer oft benachteiligt werden. Es gibt eine Art „Rangordnung“ bei den Begünstigten. Zuerst kommen Verwandte und Freunde der Entscheidungsträger, dann ehemalige UCK Kämpfer, dann deren Familie und Freunde und so weiter. Ob es genügend dieser Unterkünfte für Minderheiten geben wird, ist fraglich.

---

<sup>13</sup> Information von Gordon Kindlon, UNMIK

## **b.) Dokumente**

Da wir viele Anfragen deswegen erhalten, hier noch einmal kurz die Prozedur, um an Reisedokumente zu kommen:

Sobald man registriert ist, wartet man ein paar Monate auf den Personalausweis, der nichts kostet. Hat man diesen bekommen, beantragt man beim Rathaus das UNMIK Reisedokument. Dies dauert in der Regel 4 bis 6 Wochen und kostet 60 DM.

Aufgrund des Bombenanschlags auf seinen Direktor und einige Mitarbeiter bleibt das jugoslawische Büro für 2 Wochen geschlossen.

Ansonsten arbeitet es, aber mit verminderter Kapazität. Das bedeutet, daß es einige Monate dauern kann, bis man den Reisepaß bekommt.

Das UNMIK Reisedokument wird mittlerweile von folgenden Staaten anerkannt (mit Visapflicht natürlich):

Albanien, Österreich, Belgien, Kroatien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Mazedonien, Deutschland, Griechenland, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Rumänien, Spanien, Schweden, Schweiz, Großbritannien und den USA.

Pristina, den 21. April 2001

Christina Kaiser